

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 55 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 10 Pf. pro dreigespaltene Corpusspalte.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger d. d. d. d.

No. 122.

Donnerstag, den 15. Oktober

1896.

Bekanntmachung,

die Inbetriebsetzung beweglicher Dampfessel (Lokomobilen) betreffend.

Da die Vorschrift in § 32 der Verordnung, die polizeiliche Beaufsichtigung der Dampfessel betr., vom 5. September 1890, wonach, bevor ein beweglicher Kessel in Betrieb gesetzt wird, von dem **Betriebsunternehmer** oder dessen **Stellvertreter** oder von dem **Benutzer** des Kessels der Polizeibehörde (**Amtshauptmannschaft**) in deren Verwaltungsbezirke die Inbetriebsetzung erfolgen soll, und der **zuständigen königlichen Gewerbeinspektion** unter Angabe der Stelle, an welcher der Betrieb stattfinden soll, Anzeige zu erstatten, zeither in vielen Fällen unbeachtet geblieben ist, so wird diese Bestimmung unter Hinweis auf die in § 12 Punkt 2, 3, 5 und 6 der obenbeschriebenen Verordnung dazu ertheilten besonderen Vorschriften mit dem Bemerkten hierdurch eingeschärft, daß Zuwiderhandlungen nach § 42 derselben Verordnung bestraft werden.

In den nach Obigem zu erstattenden Anzeigen ist übrigens stets die **Fabriknummer** des betreffenden Dampfessels und der Tag, an welchem die letzte **amtliche Prüfung** des Kessels stattgefunden hat, mit anzugeben.

Meissen, am 9. Oktober 1896.

Königliche Amtshauptmannschaft.
von Schroeter.

Der unlautere Wettbewerb und das Detailreisen.

Zwei Gesegentwürfe, die längere Zeit gebraucht haben, ehe sie zur Ausführung gelangten, derjenige über den unlauteren Wettbewerb und das Detailreisen sind es, die in zahlreichen Städten Deutschlands die gewerbschüßerischen Kreise veranlassen, die Interessenten anzufordern, gemeinsam gegen die geschäftlichen Unlauterkeiten vorzugehen, der gegen das Gesetz verstößt, zu verwarren bzw. Anzeige zu bringen. Aus Manufakturistenkreisen erhebt sich eine Stimme, die sich in der „Kol.-Ztg.“ folgendermaßen vernehmen läßt:

Wir werden auch in Zukunft Geschäfte finden, die übermal im Jahre Ausverkauf haben werden: Saison-, Wechsel-, Inventur-, und dann event. einen Ausverkauf wegen Umbau des Geschäftslokals. Inzwischen noch „Verkauf zu ermäßigten Preisen“. So lange sich solche Geschäftsmanipulationen lohnen, d. h. so lange die Dummheit der Käufer nicht ausstirbt, so lange werden auch diese Ausverkäufe bestehen, das Gesetz schützt uns dagegen nicht. So werden wir nach wie vor in den Inseraten die unglücklichsten Dinge finden, z. B. auch in Zukunft lesen: „Grenzbüchle, Halbklein, Zeit-Statuette, zu billigsten Inventur-Ausverkaufspreisen.“ — In Dresden schrieb z. B. kürzlich eine Handelsfrau auf der Flemmingstraße einen Gardinen-Gelegenheitskauf, wegen Aufgabe eines Engros-Geschäfts, aus, und offerirte — man kenne: Stückwaare, das Neueste und Theuerste für den Garpreis, Reste in Kongress, Engl. Tüll pro Pfund (zu für 1 bis 5 Fenster passen) zu 75 Pfennigen (früherer Preis 1 Mk. 40 Pf.).

Schriebe ein Materialwarenhändler Heringe, Parzelle im Inventur-Ausverkauf aus, würde er sich unsterblich lächerlich machen, und doch hätten diese Artikel, weil sie dem Verderben ausgesetzt sind, mehr Berechtigung, als ihnen angegebene, stets furante Artikel, die heute denselben Werth haben wie in einigen Jahren. Derartige Inserate gehören aber heute mit zu einer „schneidigen Geschäftspraxis“; sie sind dem Geiste nach unlauter — aber das Gesetz schützt uns nicht.

Von allen Branchen ist die Manufakturwaren-Branche in dieser Weise sehr verbesserungsbedürftig.

Wenn auch nicht zu leugnen ist, daß uns das Gesetz etwas Hilfe bringen wird, so ist es doch lebhaft zu beauern, daß ein solches Gesetz erst zur Nothwendigkeit wurde, dann aber nicht scharf und präzis genug entworfen wurde.

Ähnlich geht es mit dem Verbot des Detailreisens. Es ist ja unstrittig hart, daß gesehlich einem großen Theile des Kaufmannstandes verboten wird, die Kundenschaft zu besuchen. Die Kundenschaft eines Geschäftsmannes, die dieser sich durch große Mühe und Opfer erworben hat, ist eigentlich sein Eigentum, und es ist unverständlich, wie man gesehlich den Besuch der Kundenschaft verbieten konnte. Erhöhen muß anerkannt werden, daß hier eine Aenderung angebracht werden mußte. Die Sache war zu sehr ausgeartet. Die Landleute sagten: „Wir werden die jungen Jünglinge, die uns bis in den Kuhstall verfolgen.“ Dies war ein unhaltbarer Zustand, der Abhilfe erforderte. Da solche aber bei der schlechten Geschäftszeit und bei der nicht immerwährenden Konkurrenz der Offizier- und Beamten-Konkurrenz, die dem Geschäftsmann das Leben sehr erschweren, und große Unzufriedenheit mit unferer Gesetzgebung hervorgerufen haben, aus der Kaufmannschaft selbst nicht erfolgen konnte, mußte das Gesetz eingreifen.

Aber es wäre wünschenswerth gewesen, dies wäre in präzisier Form geschehen: Einfach das Verbot, ohne jede Ausnahme, — und gleichzeitig das Gesetz: Hausirer dürfen in Zukunft an gesunde Menschen nicht mehr verabsolgt. Das Detailreisen wird beschränkt, dagegen werden wir in Zukunft erleben, daß der Hausirer jetzt per Wagen ihre Waaren transportiren und vertreiben. Durch das Verbot, Hausirer auszustellen, wäre der Hausirerhandel in 20 bis 30 Jahren allmählich aus dem Geschäftsleben verschwunden. Ein solches Gesetz würde keine Härten enthalten, und auch das Verbot des Detailreisens wesentlich unterstützt haben. Will man das Detailreisen verbieten, darf man dem Hausirerhandel nicht neue Zufuhr verschaffen; dies ist aber unstrittig geschehen. Will man Gesetze schaffen, dann ganze, bestimmte, ohne Ausnahmen, und keine, die den Krebsbuben auf der einen Seite aufheben, auf der anderen vergrößern, wie es mit dem Hausirerhandel ohne Frage der Fall sein wird.

Weniger Gesetze, und bessere, wenigstens solche, die dann nicht gleich wieder verbesserungsbedürftig sind, werden wir nur dann erhalten, wenn nicht mehr so viele Beamte in den Reichstag gewählt werden; nur dann, wenn Gesetze mehr den praktischen und nützlichen Standpunkt vertreten, wenn darin mit wenig Worten kurz gesagt wird: „so soll es sein“, und dabei alle Hintertüren verschlossen werden. Weshalb wird nicht endlich ein Gesetz geschaffen, das Niemand Schaden zufügen, und dazu veranlagt sein würde, viele unzufriedene Bürger zufrieden zu machen, — ein Gesetz, das kurzer Hand alle Waarenhäuser für Meer, Marine und Beamte, sowie alle Beamten-Konsumvereine verbietet! Mit einem schönen Beispiel ist uns darin der Prinz-Regent von Bayern vorangegangen; hoffentlich folgen wir bald nach, obgleich es besser wäre, wir gingen voran!

Tagesgeschichte.

Berlin. In Paris scheint nach den vorliegenden dortigen Zeitungsstimmen die hochgradige Begeisterung der Gzarentage einer natürlichen Abspannung und Ernüchterung gewichen zu sein. Die Franzosen sind bei all ihrem Ueberchwang gute Geschäftsleute und werden nicht ermangeln, aus der jüngsten Festwoche eine Bilanz zu ziehen, um zu sehen, ob ihre großen Verluste einigermaßen wieder hereingebracht sind. Sie werden aber vielleicht gut thun, mit dieser kaufmännischen Aufstellung noch ein wenig zu warten. Denn bereits verlautet aus Petersburg, daß Verhandlungen mit der Pariser Rothschilde-Gruppe über eine neue russische Anleihe von 1200 Millionen Rubel dem Abschlusse nahe seien. Dieser Posten würde natürlich in die Rechnung mit einzustellen sein. Aber auch sonst werden die Franzosen gut thun, noch etwas mit dieser Bilanz zu warten. Aufcheinend stehen ihnen noch manche kleine Ueberraschungen bevor. Die erste dürfte die Meldung sein, daß der Leiter des russischen Ministeriums des Aeußeren, v. Schischkin, sich auf der Rückkehr von Paris nach St. Petersburg hier aufhalten und mit den leitenden deutschen Staatsmännern Besprechungen haben wird. Das sieht garnicht darnach aus, als ob das offizielle Rußland nach den Verbrüderungsfesten von Cherboung, Paris und Chalons von Deutschland abdrücken wolle. Vielmehr deutet es darauf hin, daß die russische Regierung das erste Bestreben habe, den Draht zwischen Petersburg und Berlin nicht abreißen zu lassen, sondern womöglich noch fester zu knüpfen. Vermuthlich wird dieses Bestreben in der nächsten Zeit noch durch einen bedeutungsvollen Vorgang zum weithin erkennbaren Ausdruck gebracht werden. Eigentlich haben die Franzosen auch keine Ursache, sich darüber zu beklagen.

wenn der Czar sich ihretwegen nicht mit seinem nächsten Nachbar überwerfen will. Das hätte ja nur dann einen Sinn, wenn die „Bundesgenossen“ fest entschlossen wären, in absehbarer, naher Zeit, spätestens im nächsten Frühjahr, einen gemeinschaftlichen Angriffskrieg zu beginnen. Vorläufig können aber die Franzosen schon mit Rücksicht auf die weit vorgeschrittenen Vorbereitungen zur Pariser Weltausstellung an keinen Krieg denken. Bis zum Jahre 1900 sind ihnen so ziemlich die Hände gebunden, und wer will bei der weltbekanntem französischen Veränderungssucht heute mit Bestimmtheit voraussagen, wie sich die europäischen Verhältnisse nach 1900 gestaltet haben werden.

Der Pariser Korrespondent des „Chemnitzer Tagebl.“ schreibt demselben: „In vielen deutschen Zeitungen hat eine veränderte Beurtheilung der politischen Lage platzgegriffen und ein großes rheinisches Blatt verweigert sich sogar zu der Behauptung, daß russisch-französischer Bündniß sei nach den Vorgängen bei den Gzarentagen in Paris nicht mehr zu bezweifeln. Einsichtsvolle Politiker sind hier gerade entgegengesetzter Meinung, indem sie nämlich sagen, Nikolaus II. hätte gewiß dem vielseitigen Drängen nachgegeben und das Wort Allianz in einem Toaste erwähnt, wenn eine solche, selbst defensiver Natur, schriftlich abgeschlossen wäre. Für diese bedarf es aber keines Vertrages und für ein offensives Bündniß liegt auch nicht das geringste Anzeichen vor. Daß jedoch die eingangs genannte neue Anschauung sich geltend machte, liegt an den Telegrammen, die über den Besuch des russischen Kaiserpaars seitens des offiziellen Telegraphen in Deutschland verbreitet wurden. Es sind dies nämlich dieselben Auslassungen, welche den französischen Blättern zugehen und später auch im „Journal officiel“ veröffentlicht wurden und in denen natürlich die Dinge von einem anderen Standpunkte beleuchtet werden, als ihn selbst ein durchaus objektiver deutscher Korrespondent einnehmen könnte. Dadurch müssen selbstverständlich in Deutschland falsche Ansichten über die betreffenden Vorgänge und die Folgen, die dieselben möglicherweise haben könnten, gezeitigt werden. Ich möchte mit Vorstehendem, so bedauerlich auch der Effect sein mag, indes keinen Vorwurf gegen das „Wolffsche Bureau“ erheben; bei seiner Organisation ist ein anderes Resultat eben nicht möglich. Dasselbe hat einen Kartellvertrag mit „Reuter“ und der „Agence Havas“ in der Art, daß die drei Gesellschaften ihre Nachrichten austauschen und sich dagegen keine Konkurrenz in ihren betreffenden Ländern machen. Daher kommt es, daß den Deutschen die Vorgänge im Auslande stets entweder durch eine französische oder englische Brille gezeigt werden.“ Wir sind keine Freunde von Silbenschneidereien und glauben, daß es ziemlich unwesentlich ist, ob man das zwischen Frankreich bestehende Verhältnis Union, Bündniß oder Allianz nennen will. Auch der Frage, ob ein schriftlicher Vertrag existirt oder nicht, vermögen wir keine allzu große Bedeutung beizumessen. Thatsache ist, daß ein Uebereinkommen besteht, freilich ein solches ganz eigener Art. Der Czar darf sich als oberster Kriegsherr Frankreichs betrachten; wie er aber diesen Zuwachs seiner Macht gebrauchen wird, wissen die Franzosen wahrscheinlich so wenig, wie andere Leute. Die Gewinnung der russischen Bundesgenossenschaft für einen Nachkrieg gegen Deutschland wird der französischen Diplomatie sicherlich nicht gelingen. Damit ist nicht gesagt, daß der Gzarenbesuch in Frankreich überhaupt keine Bedeutung gehabt habe und insbesondere für die Franzosen ohne jeden Nutzen gewesen sei. Es giebt eine Reihe von hochbedeutenden politischen Fragen, in welchen Frankreich und Rußland, auch ohne einen geschriebenen Bündnißvertrag, in wohl-